

Die Rolle der Macht in der gegenwärtigen demokratischen Welt

Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta erklären in ihrem Buch über das systemische Konsensieren en passant, wie das demokratische Abstimmungsprinzip zu Ressentiment und Machtkämpfen führt und warum das Leben unter unseren heutigen Zeitgenossen so unangenehm ist.

1. Fairness

Ich habe den Eindruck, in dem Buch

***Das SK-Prinzip oder Wie man Konflikte ohne Machtkämpfe löst.* (Ueberreuter Verlag, Wien 2005) von Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta**

mehr über Macht gelernt zu haben als aus allen meinen bisherigen Foucaultlektüren. Das soll jetzt nicht generell gegen Foucault sprechen, denn sicherlich gibt es diejenigen Phänomene, die er beschreibt, doch konzentriert sich Foucault (Foucaultleser wissen das) gewöhnlich auf das geheime Wirken der Macht auf den Einzelmenschen, und die Frage, was denn die Macht eigentlich ist und was sie will, bleibt dabei im Dunkeln und unbeantwortet. Meine neuen Erkenntnisse möchte ich nun gern mit meinen LeserInnen teilen, wobei ich mich im Gegensatz zu Visotschnig und Schrotta, die gerne die Welt verbessern würden – schließlich versprechen sie im Untertitel ihres Buchs nichts weniger als einen Ausstieg aus unserer machtzentrierten Welt und einen Übergang zu einem menschlicheren Konfliktlösungsverfahren – (hier einmal) darauf beschränke zu verstehen, wie die Welt denn überhaupt ist und warum sie so ist, wie sie ist.

Als ein wesentlicher Grund, warum unsere Welt so ist, wie sie ist, erweist sich dabei die Konfliktträchtigkeit der Demokratie: Die Demokratie, so wie sie gegenwärtig praktiziert wird, ist per se ein Mechanismus, der Zwietracht, Feindschaft und Hass zwischen den Menschen hervorbringt. Hierbei ist jedoch vorzuschicken, dass Visotschnig und Schrotta keine Feinde der Demokratie sind, sondern im Gegenteil mit ihrem Buch über das SK-Prinzip vorschlagen, die Demokratie weiterzuentwickeln. Beim SK-Prinzip, also dem Systemischen Konsensieren, geht es nämlich um eine Abstimmungsmethode, bei der nicht nur simple Pro-Stimmen, sondern auch eine größere Anzahl von Widerstandsstimmen (so genannte W-Stimmen) vergeben werden. Dadurch erhält man eine informationsreichere Abstimmung, die außerdem einen etwas anderen Inhalt hat: Anstatt zum Ausdruck zu bringen, welche Alternative die größte Gruppe der WählerInnen am liebsten hat, kommt beim systemischen Konsensieren jene Alternative heraus, bei der alle WählerInnen am wenigsten dagegen haben.

Genauereres darüber finden Sie ganz leicht unter: <http://www.sk-prinzip.net> – an dieser Stelle nur soviel: Die Autoren meinen, dass das systemische Konsensieren weit weniger Konflikte hervorbringt als normale demokratische Abstimmungen, sich niemand mehr übergangen oder ungerechtfertigt behandelt fühlt und am Ende alle die konsensierte Lösung einsehen, selbst wenn sie nicht ihrem eigenen Vorschlag entspricht.

Ich halte mich jedoch nicht mit Lösungen auf, sondern stürze mich in Probleme. Dabei möchte ich anfangen mit demjenigen Textabschnitt, der bei mir bei der ersten Lektüre des Buches von Visotschnig und Schrotta am stärksten im Gedächtnis geblieben ist. Es geht in ihm um eine Frage, die mich schon seit langem bewegt: Verhalten sich die Menschen in unserer Gesellschaft machtorientiert, weil das eben der Natur des Menschen entspricht (also: ist unsere Gesellschaft so geworden, wie sie ist, weil die Menschen eben so sind, wie sie sind) – oder ist das nicht der Fall?

S. 125 (Beginn des Kapitels „Frauen und Männer“) „„Männer sind gefühlsarme Kämpfer, Frauen die friedfertigen Erhalterinnen des Lebens.“ Dieses Klischee von männlicher Kampflust und weiblicher Friedfertigkeit erfährt anhand unserer Überlegungen eine wichtige Richtigstellung. Wie schon ausgeführt ziehen Machtstrukturen notwendigerweise den Kampf um die Macht nach sich. Die Frage: „Sind die Machtstrukturen in der Gesellschaft Folge männlicher Aggressionen und Herrschsucht, oder ist die männliche Kampfbereitschaft unabwendbare Folge der Machtstrukturen, in denen sich Männer bewähren müssen?“ ist eine der vielen Spielarten der Frage, was früher war: die Henne oder das Ei. Jede Antwort auf diese Frage, die nicht auch Erfahrungen aus einer Gesellschaft ohne Machtstrukturen berücksichtigt, erweist sich damit als Spekulation. Und solche Erfahrungen fehlen eben heute noch.

Der Gedanke führt sogar noch weiter. Je weniger reguliert eine Machtstruktur ist, je mehr Platz für Willkür in ihr vorhanden ist, desto unsicherer wird das Leben der Menschen in ihr. Dieser Unsicherheit kann der oder die Einzelne auf zwei Arten entrinnen. Man kann versuchen sich zu schützen, indem man selbst Macht erkämpft, oder man kann sich unter den Schutz eines Mächtigeren stellen. Beide Handlungsweisen bedingen und stärken die Machtorientierung der Gesellschaft. Wieder ist die Frage nicht zu beantworten: „Was war früher: männliches Machtstreben oder Schutz suchende Frauen (und auch Männer)?“ Was war zuerst: der männliche Versuch, mit Macht und Stärke zu beeindrucken, oder Frauen, die sich davon beeindrucken ließen? Eines wird vom anderen bedingt.

War es im Verlauf der menschlichen Evolution für das Überleben der Art wichtig, die Stärksten und Besten auszuwählen und ihnen die Führung zu übertragen, so stellen die geänderten, immer komplexer werdenden Lebensbedingungen völlig andere Anforderungen an die Gesellschaft und ihre Mitglieder. Dass überholte Machtrituale dabei hinderlich sind, haben wir zu zeigen versucht. Wie wir beschreiben haben, ist in einer machtorientierten Gesellschaft der Machtkampf unvermeidbar. Weder Männer noch Frauen können erwarten, dass sie dort kampfflos Erfolg haben werden. Emanzipation bedeutet in dieser Gesellschaft somit auch Teilnahme am Machtkampf und die Übernahme all seiner Regeln beziehungsweise genauer gesagt, sich an das Fehlen von Fairness-Regeln zu gewöhnen.“

Dieses Zitat ist aufgrund seines Themas (Männer und Frauen) sehr nahe am Individuum und aus dem Grund offen für die Lebenserfahrung eines jeden Menschen. Außerdem gibt es in ihm eine ganze Fülle von Punkten, die mir wichtig sind:

- Wir haben keine Erfahrung mit dem Leben in einer Gesellschaft ohne Machtstrukturen; wir können daher nicht wissen, wie der Mensch ist – ob er ein Machtwesen ist (und ihm von daher das Leben in machtbasierten Gesellschaft entspricht) oder nicht – weil wir nicht wissen, wie er sich in einer Gesellschaft, die nicht auf der Grundlage der Macht basiert, verhalten würde.
- Wahrscheinlich gilt das für machtbasierte Gesellschaften allgemein, aber es ist klar, dass Unreguliertheit an einzelnen Stellen im Machtsystem bei den Individuen zum Gefühl von Unsicherheit (oder auch zu realen Situationen, die von Unsicherheit

geprägt sind) führt; und dieser Unsicherheit können sie nur auf zwei Möglichkeiten entkommen, nämlich indem sie entweder für sich selbst nach Macht streben oder indem sie sich unter den Schutz eines anderen stellen, der Macht hat. Das bedeutet: Machtbasierte Gesellschaftssysteme drängen uns zu machtorientiertem Verhalten. Vielleicht entspricht machtorientiertes Verhalten außerdem auch der Natur des Menschen, das mag sein, aber es erweist sich jedenfalls häufig auch als Reaktion des Menschen auf die Gesellschaft und auf seine Mitmenschen, indem er versucht, dem Gefühl der Unsicherheit oder auch einer realen Gefährdung seiner Person zu entkommen.

- Diese zwei Handlungsmöglichkeiten für das schwache Individuum (also jene, selbst nach Macht zu streben wie auch jene, Schutz zu suchen bei jemand Mächtigen) stärken beide die Machtorientierung der Gesellschaft. Dieser Punkt ist ganz wichtig, weil er erkennen lässt, dass nicht nur die Starken oder die Mächtigen, welche Macht ausüben, unsere an Macht orientierte Gesellschaft hervorbringen, sondern genauso auch die Schwachen (Frauen wie Männer), die sich an der bestehenden Machtverteilung in der Gesellschaft orientieren und diese dadurch bestätigen, dass sie bei Mächtigeren, als sie selbst es sind, Zuflucht suchen.
- Die Emanzipation der Frau, so die Autoren, bedeute auch für die Frauen die Notwendigkeit der Teilnahme am Machtkampf in der Gesellschaft, weil Macht in einer machtbasierten Gesellschaft immer umkämpft ist. Das ist auch kein unwichtiger Punkt, den man sich einmal bewusst machen sollte: Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bedeutet in unserer Gesellschaft immer Kampf! Das ist deswegen so, weil es immer bereits jemanden gibt, der die Macht hat – und selbst auch teilzunehmen am gesellschaftlichen Leben, bedeutet nun, ihm oder ihr (also den anderen Menschen eben) ein Stückchen ihrer Macht wegzunehmen, um sich selbst mit seinem Handeln manifestieren zu können. Es gibt in unserer Gesellschaft deshalb so etwas wie einen allgemeinen Verdrängungswettbewerb, von dem alle Menschen betroffen sind, ein spürbares Gegeneinander aller Menschen gegen alle – und der Grund, warum das so ist, ist der, dass in einer machtbasierten Gesellschaft die Teilnahme von Individuen am gesellschaftlichen Leben nicht geregelt ist. Die fehlenden Teilnahmeregeln, die einen unproblematischen, kampflosen Zugang zur Teilnahme an der Gesellschaft eröffnen sollten, werden in machtbasierten Gesellschaften durch einen allgemeinen, auf alle Individuen wirkenden, gesellschaftlichen Druck ersetzt, dem sie einen Gegendruck entgegensetzen müssen, um überhaupt handeln zu können. Das heißt, sie müssen sich einen persönlichen Freiraum erkämpfen, in dem Sie überhaupt handeln können. Das ist der Grund, warum – was man in unserer Gesellschaft als friedliebender Mensch äußerst schmerzlich empfindet – Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohne Kampf nicht möglich ist. Auch kann man keinen Beitrag zur Gesellschaft leisten, ohne dadurch gleichzeitig irgendjemand anderen von seinem Platz zu verdrängen (weil alle Plätze besetzt sind und der Kampf um die Macht in der Gesellschaft der Kampf um diese Plätze ist) und ihn (oder sie) dadurch zu verärgern oder gar zu verletzen.
- Diese Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bestehe, Visotschnig und Schrotta zufolge letztendlich darin, „sich an das Fehlen von Fairness-Regeln zu gewöhnen“. Es gibt eigentlich keinen Ausdruck, der mein Gefühl vom Leben in Österreich am Anfang des 21. Jahrhunderts, aber das gilt sicherlich auch für andere Staaten Europas und Nordamerikas, also der so genannten hoch entwickelten Industriestaaten, besser beschreiben könnte als dieser: Es gibt keine Fairness. Ob das das politische, berufliche oder private Leben des Menschen betrifft, es geht einfach nicht fair zu. Spüren Sie das auch, oder haben Sie den Eindruck, dass es irgendwo fair zugeht?

2. Eine Definition von Macht

Visotschnigs und Schrottas Bestimmung von Macht mag plump aussehen im Vergleich zu Michel Foucaults umständlichen und langwierigen Ausführungen über dieses Phänomen. Dafür hat sie den Vorteil, dass sie einfach und konkret ist und dass man nachher mit ihr weiterarbeiten kann. Macht ist für die Autoren nämlich nicht mehr als Entscheidungsmacht, die eine Person oder eine Personengruppe dauerhaft oder zeitweilig übertragen bekommt. Sie rollen das Problem von Aristoteles her auf, der schon die verschiedenen Staatsformen danach bestimmt hat, wer jeweils die Macht im Staate hat. Bei dieser Denkform – Politik bestehe darin, wer in einem Staat die Macht, also das Sagen, hat – sei es, so Visotschnig und Schrotta, seitdem und bis jetzt geblieben. Sie sei aber eine Denkfalle: In Wirklichkeit müsse man sich gar nicht dafür entscheiden, wer die Macht im Staate haben soll, sondern man brauche nur ein geeignetes Entscheidungsverfahren, damit Entscheidungen getroffen und das Staatsschiff gesteuert werden könne. Mit diesem Entscheidungsverfahren meinen sie natürlich das systemische Konsensieren. Das systemische Konsensieren soll aber übrigens politische Parteien nicht abschaffen, sondern den demokratischen Entscheidungsfindungsprozess im Parlament ergänzen. Dadurch aber würden, so die Vorstellung der beiden Autoren, die Parteien und Politiker ihren bisherigen „demokratischen Charakter“ verlieren, das bedeutet, statt machtorientiertem, unnachgiebigem Gegeneinander würden sich sogar im Parlament konsensorientierte Verhaltensweisen durchsetzen, welche auch die Wünsche des jeweils Anderen in Betracht ziehen und in kommunikativ offener Weise auf den politisch Andersdenkenden zugehen.

S. 11-12 In der Öffentlichkeit meine man, so die Autoren, seit Jahrtausenden, das Machtproblem sei gelöst,

„indem man politische Entscheidungsmacht an genau definierte Einzelpersonen oder Personengruppen vergibt. Diese [S. 12] Entscheidungsträger werden, je nach Staatsform und Entscheidungsebene, auf verschiedene Weise bestimmt – sei es durch Erbfolge an der Spitze einer Monarchie, durch freie Wahlen in der Demokratie oder welche Mischformen auch immer. *Letztlich ist in jeder Staatsform festgelegt, wer die politischen Entscheidungen trifft, wer es also ist, dessen Vorstellungen schließlich verwirklicht werden müssen. Irgendwann muss feststehen, wer das Sagen hat, wer den Ausschlag gibt, wer die Entscheidungsmacht hat. Das scheint einleuchtend, logisch, unabänderlich.*“ (Hervorhebung durch Kursivschrift im Original, Anm. H.H.)

S. 12 „So hat schon Aristoteles die zu seiner Zeit möglichen Staatsformen in Königtum, Aristokratie, Politie (Mischung von Oligarchie und Demokratie), Demokratie und Tyrannis eingeteilt. Wir erkennen das Prinzip:

- Alle Macht liegt letztlich in einer Hand (Monarchie, Tyrannis)
- Die Macht liegt in den Händen einer elitären Gruppe (Aristokratie, Oligarchie)
- Die Macht geht vom Volk aus (Demokratie)“

Was ist aus diesem Zitat für meine Fragestellung nach dem Wesen von Macht herauszulesen? Nun, Macht ist vor allem etwas, das man haben möchte, um es dann für einige Zeit zu behalten. Man möchte es bekommen, um es dann zu haben. Und man möchte immer mehr davon haben und es immer länger haben auch zu dem Zwecke, um die Macht, die man hat, abzusichern. Man sieht schon hier, wie Macht aus sich heraus eine aggressive Wachstumsdynamik entfaltet: Man muss um immer mehr Macht kämpfen und sei es nur, um die Macht, die man hat, nicht zu verlieren. Diese Sichtweise, die Macht einfach als zeitweilige Entscheidungsgewalt (Wer das Sagen in einem bestimmten Bereich hat) ansieht, bietet auch

den Vorteil, dass man nicht darüber diskutieren muss, ob Macht an sich selber etwas Böses ist oder nicht. Denn mag sie das auch nicht sein: Aber Macht erfordert auf jeden Fall immer und führt immer zu Machtkampf, dem Kampf um die Macht, weil ein jeder seine Macht behalten, sichern und mehren will bzw. weil man Angst hat, dass sie einem verloren gehen könnte. Und ob der Kampf um die Macht mit diesem Zusatzwissen über seine aggressive Dynamik auch noch so ohne Umschweife als etwas Neutrales angesehen werden kann, das ist die Frage? Dass ein milder und kooperativ gesinnter Mensch existieren kann, der die Macht, die er hat, redlich und im Sinne aller Menschen gebraucht, ist freilich vorstellbar und auch nicht unwahrscheinlich; aber wo um etwas gekämpft wird, da fliegen gewöhnlich die Fetzen und da kann auch leicht jemand zu Schaden kommen.

3. Das demokratische Entscheidungsverfahren ist ein Spaltpilz

Die Machtorientierung in der Politik, sagen die Autoren, sei also eine Denkfalle. Sie stamme daher, dass die Menschen glauben, es würde Chaos im Staate ausbrechen, wenn man die Macht nicht einer bestimmten Person oder einer bestimmten Gruppe übertrage. In diese Denkform reiht sich auch die Demokratie ein: In ihr hat zwar nicht mehr jemand definitiv und dauerhaft die Macht über die Geschicke eines Landes (wie in der Monarchie) und auch der Machtwechsel funktioniert unblutig (was schon ein großer Fortschritt ist in der Geschichte des blutrünstigen Geschlechts der Menschen), aber auch in der Demokratie denke man eben immer noch so, dass für eine bestimmte Zeit lang, nämlich für je eine Legislaturperiode, einer einzelnen Partei die Entscheidungsgewalt über den gesamten Staat anvertraut werden müsse, damit dieser ordentlich regiert werden könne. Es wird also in der Demokratie einer Gruppe zeitweilig die Entscheidungsgewalt über den Staat übertragen, d.h. sie kann innerhalb weiter Grenzen tun, was sie für richtig hält, während die Oppositionsparteien weitgehend zu Statisten in diesem Schauspiel degradiert werden. Folgendes Zitat veranschaulicht sehr schön, wie das demokratische Abstimmungsverfahren in allen beteiligten Menschen Gefühle der Feindschaft hervorruft; betrachtet man es genauer, so hat man unwillkürlich den Eindruck, dass das demokratische Prinzip, welches herkömmlich als zivilisiert gilt, in Wahrheit sehr stark auf archaische Impulse der Selbstbehauptung im Menschen aufbaut:

S. 80 „1. Beobachtung

Im demokratischen Abstimmungsmechanismus wirkt jede Pro-Stimme für eine zu wählende Alternative notgedrungen wie eine Gegenstimme gegen jede andere der Alternativen. Wenn mehr als zwei Alternativen zur Wahl stehen, übersteigt somit die destruktive Wirkung des demokratischen Abstimmungsmechanismus notgedrungen seine konstruktive. In den Abstimmenden entsteht unwillkürlich das Gefühl: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Wer nicht mein Freund ist, ist mein Feind!“ Die Bestätigung dafür erhalten wir täglich im politischen Alltag.

Dieser systemische Zwang zur öffentlichen Feindschaft zieht sich wie ein roter Faden durch demokratisch ausgetragene Interessenkonflikte.“ (Hervorhebungen im Original, Anm. H. H.)

Wir heutigen Menschen des 21. Jahrhunderts (haben zwar vielleicht Winston Churchills Diktum schon mal vernommen, wonach die Demokratie die schlechteste Regierungsform sei, aber die beste, die wir kennen, aber wir) sind vom Schock der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts noch so beeindruckt, dass die Demokratie, so wie sie ist, uns eigentlich als sakrosankt gilt und wir es deshalb versäumen, sie schrittweise zu verbessern und weiterzuentwickeln (während wir alles andere, angefangen mit der Technik, schon kontinuierlich verbessern). Im Gegenteil verfällt eine jede Kritik der Demokratie eigentlich

sofort dem Verdacht, mit undemokratischen Absichten zu geschehen und die Demokratie denunzieren zu wollen. Aus diesem Grund haben wir, kann man vielleicht sagen, ein ziemlich naives Verhältnis zur demokratischen Abstimmungsform (behalten), welches hauptsächlich auf einem Mangel an Reflexion über sie basiert, während auf der anderen Seite für alle Beobachter ersichtlich Demokratieverdrossenheit unter den Menschen um sich greift, weil sie den Eindruck haben, man könne eigentlich ohnehin nichts ändern, egal wen man wähle, und es kämen immer die gleichen unliebsamen Charaktere an die Macht, die man ohnehin schon lang nicht mehr wolle.

In dieser Situation muss man den Menschen überhaupt zuerst einmal erklären, was am demokratischen Abstimmungssystem schlecht (oder suboptimal) sein könnte, um ihnen eine Idee davon zu geben, worüber man beim Thema „Demokratie“ überhaupt diskutieren könnte. Und ich selbst gebe auch zu, ich brauchte diese Denkanregung auch, ich wäre auch nicht von alleine draufgekommen. Die Autoren Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta bewerkstelligen das ganz vorzüglich, indem mit den kleinen Dimensionen demokratischer Entscheidungsfindung anfangen. So beschreiben sie etwa (auf den Seiten 78ff.) eine Mitarbeiterabstimmung in einem Unternehmen über die Urlaubsplanung. Der vom Management des Betriebs ausgearbeitete Urlaubsplan erhält in dieser Abstimmung die meisten Stimmen, obwohl Mitarbeiter Emsig auch gegen den Urlaubsplan des Mitarbeitervertreters und gegen jenen eines Mitarbeiters, der sich aus eigener Initiative heraus die Mühe gemacht hat, einen eigenen Urlaubsplan für die Belegschaft auszuarbeiten, nicht viel gehabt hätte. Emsigs Problem war allerdings, dass er diese Informationen (dass ihm auch die beiden Alternativvorschläge durchaus recht gewesen wären) in der Abstimmung nicht mitteilen können, weil er ja nur eine einzige Stimme hatte, die er ungeteilt einem der drei Vorschläge zuweisen musste. Das Resultat der Abstimmung war, dass das Management als strahlender Sieger aus der Wahl hervorging, der Mitarbeitervertreter und jener Mitarbeiter, der einen eigenen Plan ausgearbeitet hatte, hingegen als zerknirschte Verlierer. Man hört schon das Management spotten: „Der Mitarbeitervertreter hat aber nicht viele Freunde in der Belegschaft!“ Dieser Spott ist nahe liegend und unabweisbar, obwohl es in der beschriebenen Abstimmung eigentlich um eine (inhaltlich begrenzte) Sachfrage ging und er hier daher eigentlich gar nichts verloren hätte; doch lassen sich persönliche Loyalitäten sowie Abhängigkeiten (und damit Macht) aus einer solchen demokratischen Abstimmung eben nicht heraushalten und deshalb sind die mit dem Wahltriumph verbundenen impliziten Vorwürfe und Unterstellungen sowie der Spott des Siegers für die Wahlverlierer auch sehr kränkend. Enttäuscht ist auch der Mitarbeiter, der mit vielen Kollegen gesprochen hat, bevor er seinen eigenen Urlaubsplan ausgearbeitet hat, und viel Zeit und Arbeit in ihn investiert hat und der nun trotzdem aus für ihn unerfindlichen Gründen unterlegen ist. Die Autoren Visotschnig und Schrotta erklären das damit, dass durch das demokratische Abstimmungsmodell ein gradueller Unterschied in einen absoluten umgewandelt wird. Aus einem „Ich hätte das lieber als das.“ wird ein „Da bin ich dafür, da bin ich dagegen.“ Mit anderen Worten, das Modell, nach dem das demokratische Abstimmungsverfahren funktioniert, ist das der Zuspitzung, der Feindschaft. Und der Grund dafür, warum das so ist, ist der, weil das demokratische Abstimmungsverfahren zu wenige Informationen transportiert.

Das systemische Konsensieren funktioniert im Prinzip genau umgekehrt wie die demokratische Abstimmung: Anstatt einer Pro-Stimme, erhält man im einfachsten Fall 10 Gegenstimmen (also Widerstandsstimmen, W-Stimmen) pro zur Wahl stehendem Vorschlag. Indem man bei der Abstimmung an jeden kandidierenden Vorschlag zwischen 0 und 10 Widerstandsstimmen vergibt, kann man seine Präferenzen und auch das Ausmaß seines Widerwillens gegen die jeweiligen Alternativen fein abgestuft zum Ausdruck bringen. Im Fall des systemischen Konsensierens wäre also bei unserem Beispiel mit der Abstimmung über die

Urlaubspläne vielleicht auch ein (knapperer) Sieg des Managements herausgekommen, aber die anderen Kandidaten hätten erfahren, wie wenig die WählerInnen gegen ihre Vorschläge gehabt hätten und hätten somit nicht jenen Eindruck von totaler Ablehnung erfahren müssen, zu welchem der demokratische Prozess durch seine Tendenz zur Zuspitzung führt. Es ist also beim systemischen Konsensieren möglich, Menschen Wahlen verlieren zu lassen, ohne sie gleichzeitig auch ihr Gesicht vor den anderen verlieren zu lassen, was bei demokratischen Wahlen kaum möglich ist und regelmäßig dazu führt, dass Wahlverlierer sich (zu Recht!) ungerecht behandelt fühlen. Da sich beim systemischen Konsensieren niemand ungerecht behandelt fühlen wird, weil die Abstimmungsergebnisse keine Verzerrung der Wirklichkeit beinhalten (keine Vergrößerung der realen Verhältnisse, keine Schwarz-Weiß-Malerei wie im herkömmlichen demokratischen Abstimmungsverfahren), werden die WählerInnen auch weit mehr geneigt sein, das Abstimmungsergebnis zu akzeptieren. Es wird ihnen transparenter und gerechter erscheinen, und das systemische Konsensieren wird deshalb weit weniger von jenem permanenten Ressentiment hervorbringen, welches in unserer gegenwärtigen Gesellschaft überall spürbar ist und sie vergiftet.

S. 17 „Damit haben wir auch bereits das Ziel des Konsensierens vor uns: *Aus einer Anzahl von Alternativen ist diejenige herauszufiltern, die in der Gruppe den geringsten Widerstand erweckt.*“ (Hervorhebung im Original, Anm. H. H.)

4. Demokratie als Kampf

Man ist sich ja als gewöhnlicher Staatsbürger, welcher unaufmerksam in einem demokratischen System lebt (unaufmerksam deswegen, weil ihn der Alltag öffentlicher demokratischer Berichterstattung einlullt), gar nicht dessen bewusst, wie sehr unser hochgeschätztes demokratisches System, das uns so friedlich erscheint im Gegensatz zu allen anderen uns bekannten politischen Systemen, im Grunde seines Wesens auf Kampf aufgebaut ist. Das folgende Zitat von Visotschnig und Schrotta erhellt diesen Zusammenhang von Demokratie und Kampf ein wenig und zwar auch dadurch, indem es sich ganz einfach der Methode bedient, auf die Begrifflichkeit hinzuweisen, die wir verwenden, um über demokratische Prozesse zu sprechen.

S. 82 „5. Beobachtung

Die politische Feindschaft, wie sie in der Demokratie öffentlich sichtbar wird, ist eine systemisch zwingende Folge des Abstimmungsmechanismus, der ständig dazu zwingt, um Wählerstimmen zu werben. Sie ist Resultat eines Systems, das schon geringe Interessensabweichungen zu unvereinbaren Gegensätzen aufbauscht. Es ist die Tragik der Demokratie, dass ihre Entscheidungsverfahren noch immer auf der Logik der Macht aufbauen und daher unausweichlich Kampf hervorrufen: den Kampf um Mehrheitsverhältnisse und Machtgewinn.

Dieser Kampf prägt das politische Klima der Demokratie. Die Fachwörter dafür (der „Wahlkampf“, die „Redeschlacht“, der „Wahlsieger“, die „Abstimmungsniederlage“, die Regierung wird von der Opposition „attackiert“ und ähnliche) zeigen, welch großen Stellenwert dieser Kampf im Konzept der Demokratie hat. Auch die im Parlament vertretenen Parteien, die gerade nicht in die Regierungsbildung mit einbezogen worden sind, heißen bezeichnenderweise „Opposition“. Sie könnten ja auch „Alternative“ heißen. Oder „Wahlmitwerber“. Sogar im konkurrenzorientierten Kapitalismus heißt der Konkurrent „Mitbewerber“ und nicht „Opposition“. Unbewusst hat man mit dem Namen „Opposition“ in der Demokratie die Rolle des politisch Andersdenkenden sehr treffend charakterisiert: Seine

Rolle ist es, dagegen zu sein. Eine Opposition, die die Regierungsentscheidungen mitträgt, gerät in den Ruf, ihre Rolle verfehlt zu haben“

Die Demokratie ist also sogar noch kampforientierter als unser ohnehin schon sehr kampforientiertes weil konkurrenzorientiertes Wirtschaftssystem. Aber auch für meine Überlegungen springt an dieser Stelle, durch die Hilfe dieses Zitats, ein Zwischenergebnis heraus. Es zeichnet sich nämlich eine erste Antwort ab auf meine Frage danach, was Macht ist und in welcher Gestalt sie in der Demokratie auftritt: Die verschiedenen Parteien, deuten Visotschnig und Schrotta in diesem Zitat an, kämpfen bei einer parlamentarischen Abstimmung immer um zweierlei: zuerst einmal darum, diese konkrete Abstimmung für sich zu entscheiden, bei der es um ein Sachproblem geht, aber dann und zugleich kämpfen sie auch noch um „Mehrheitsverhältnisse und Machtgewinn“.

Es ist das ein Phänomen, das wir alle aus der politischen Berichterstattung kennen: Es scheint den politischen Parteien, die an der Entscheidungsfindung über eine konkrete Frage im Parlament beteiligt sind, immer um zwei verschiedene Angelegenheiten gleichzeitig zu gehen: die eine ist die konkrete Entscheidung, bei der sie hoffen, das ihr Vorschlag der siegreiche sein wird; und die andere, das sind die Sympathiewerte der WählerInnen für die Partei, um welche sie auch in dieser konkreten Abstimmung werben. Was dadurch passiert, ist, dass gleichsam die konkrete Entscheidung, die Sachfrage, zurücktritt gegenüber dem Interesse des längerfristigen Stimmengewinns für die eigene Partei und der damit verbundenen Machtabsicherung. Anders gesagt, es ist in der Demokratie eigentlich gar nicht möglich, sich auf die konkrete Sachfrage, die zur Entscheidung ansteht, zu konzentrieren, weil es eigentlich immer um etwas anderes und Wichtigeres geht, nämlich um die längerfristige Machtabsicherung. Dementsprechend hat man in der Demokratie auch oft den Eindruck, dass einzelne Sachfragen oder konkrete Entscheidungen relativ nachlässig abgewickelt werden. Bisweilen zeigt sich auch das Phänomen, dass Parteien gar nicht so sehr an eigenen Lösungsvorschlägen für ein Sachproblem oder an solchen Lösungsvorschlägen, die ihrer eigenen Ideologie entsprechen würden, interessiert sind und anstatt dessen als Regierungspartei Problemlösungskonzepte einer anderen Partei verwirklichen, weil diese der gegenwärtigen Stimmung in der Bevölkerung besser entsprechen. Aber hier haben wir in verschiedenen Variationen im Grunde immer das gleiche Phänomen vor uns: Die konkrete zur Entscheidung anstehende Sachfrage wird im Interesse des längerfristigen Machtgewinns von den verschiedenen Parteien instrumentalisiert und dadurch eigentlich entwertet.

Für meine Frage danach, was Macht ist, ergibt sich aus diesem bekannten also folgende Teilantwort: Machtstreben in der Demokratie zeigt sich im Streben der Parteien oder Politiker nach dauerhaften Stimmenmehrheiten für ihre Partei, welches in seiner Bedeutung der konkreten Sachentscheidung vorgelagert ist und inhaltlich sogar im Gegensatz zu dieser stehen kann. Diese Einsicht lässt sich verallgemeinern, und man kann sagen: Macht besteht generell im Streben nach der Vergrößerung des eigenen Einflussbereichs, jenes Bereichs, in dem man etwas zu sagen hat. Diese Aussage gilt nun nicht nur allein für das politische System der Gesellschaft allein, sondern eigentlich für alle Bereiche, in welchen im aktuellen Tagesgeschäft gleichzeitig darauf geschaut werden muss, dass Autoritäten nicht untergraben und Einflussbereiche gewahrt werden. In allen jenen Bereichen (es kann sich hier um berufliche oder private Beziehungen zwischen Menschen handeln), in denen neben dem Kampf um die konkrete Sachentscheidung noch ein zweiter Kampf um ein längerfristiges Ziel, um die Sicherung einer längerfristigen Vormachtstellung oder die Erhaltung oder Vergrößerung eines Einflussbereichs tobt, wo immer also ein derartiges zweites dunkles Ziel im Spiel ist (welches naive Menschen mitunter übersehen), dort geht es auch um Macht. Dieses zweite, hintergründige, dunkle Ziel, das ist die Macht.

6. In der Demokratie wurde der Bock zum Gärtner gemacht

Jeder kennt diesen Spruch „den Bock zum Gärtner machen“, aber was bedeutet er eigentlich? Wenn man in einer Gärtnerei den Ziegenbock zum Gärtner macht, dann wird diese Gärtnerei keine zufrieden stellenden Ergebnisse erbringen, weil der Bock das Gemüse niedertritt oder auffrisst. Ein Ziegenbock kann einfach kein Gärtner sein, weil die Interessen der Gärtnerei und diejenige eines Ziegenbocks einander entgegengesetzt sind. Genau das – dass der Bock zum Gärtner gemacht wurde – ist der Ansicht von Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta nach in der Konstruktion der Demokratie passiert:

S. 92 „Kennen Sie die Redensart: „Den Bock zum Gärtner machen“? Damit drückt der Volksmund großes systemisches Wissen aus. Eine Gärtnerei, in der der Bock Gärtner ist, wäre ein gutes Beispiel für ein schlecht entworfenes System. In dieser Gärtnerei würden nicht nur die zarten Pflanzen zertreten und der Boden zerwühlt, sondern auch die Früchte vorzeitig gefressen. Sie würde kaum Ertrag abwerfen. Die eingesetzten Mittel (der Bock als Gärtner) würden nämlich dem Systemziel (dem Ertrag der Gärtnerei) nicht entsprechen. Ein wichtiges systemisches Qualitätskriterium – das Prinzip von der Entsprechung der eingesetzten Mittel und Methoden eines Systems mit seinen Zielen – wäre verletzt. Nun, die Demokratie gleicht einer solchen Gärtnerei! Und zwar aus folgendem Grund: Wer immer in einem machtorientierten politischen System etwas durchsetzen will, braucht dafür vor allem eines: *Macht!* Das Streben nach Macht *muss* daher primäres Ziel seiner Handlungsweisen sein. Erst dann, wenn er über genügend Macht verfügt, kann er an die Verwirklichung seiner ursprünglichen Ziele denken.“ (Hervorhebungen im Original, Anm. H. H.)

Also noch einmal, möglichst einfach und konzise: In der Demokratie geht es immer um zweierlei gleichzeitig: um die möglichst vernünftige Entscheidung von Sachfragen (die Gärtnerei) und um die langfristige Erhaltung von Macht- und Einflussphären im Staate (um die Interessen des Bocks). Diese beiden Interessenrichtungen sind einander grundsätzlich entgegengesetzt, weswegen die Politiker in Demokratien Böcke sind, die ihrem Volk als Gärtner dienen und als solche mehr zerstören als sie gut machen. Von daher kommt also unser nagendes Gefühl der Unzufriedenheit mit dem demokratischen System, von dem wir bisher nicht einmal wussten, welchen Inhalt es überhaupt hat. Es scheint einfach so zu sein, dass das politische System eine Größe hat und auch ein Prestige, welches uns Individuen so weit überragt, dass wir bei ihm nicht erkennen können, was wir bei einem viel kleineren System (wie einer Gärtnerei mit einem Bock als Gärtner) mit Leichtigkeit erkennen würden, nämlich dass es falsch konstruiert ist und aus diesem Grund auch von vornherein gar nicht (gut) funktionieren kann.

Visotschnig und Schrotta betonen in ihrem Buch, dass gegenüber diesem grundsätzlichen systemischen Interessensgegensatz im demokratischen System auch moralische Appelle an die Politiker nichts helfen können. Ein System muss ohne innere Widersprüche konzipiert sein, damit es funktionieren kann. Setzt man in einem System von vornherein Diener zweier Herren an, so wird es mit Sicherheit zu irgendwelchen Dysfunktionen kommen. Mich freut dieser Hinweis von Visotschnig und Schrotta bezüglich der Wirkungslosigkeit von moralischen Appellen in der Politik sehr und zwar nicht nur, weil er auf einer abstrakten, logischen (systemtheoretischen) Ebene klar macht, dass ein Politiker in unserem politischen System gar keine moralisch integre Persönlichkeit sein kann, sondern weil er auch die Aufmerksamkeit auf die viel wichtigere Frage lenkt, welche schädlichen Auswirkungen denn die jeweiligen Systeme, in denen wir leben (das demokratische System, die wirtschaftliche

Konkurrenz, das Rechtssystem etc.) auf unsere individuellen Charaktere haben. Es ist ja nicht so, dass sich der Mensch zuerst einen Charakter bildet und dann erst geht er in die Welt hinein und nimmt an ihr Teil, sondern der Charakter des Menschen bildet sich im Prozess der Teilnahme an der sozialen Welt – und wenn die sozialen Regelsysteme in sich widersprüchlich sind, so wird das auch seine Auswirkungen auf die Charakterbildung der Menschen haben.

Die Einsicht, auf die es hier meiner Meinung nach ankommt, ist die, dass wir als Individuen, z.B. als Politiker, vom politischen System durch unzählige Punkte gleichzeitig bedungen werden, also unzähligen Ansprüchen gleichzeitig entsprechen müssen. Möglichst viele dieser Punkte müssen die Akteure in ihrem politischen Handeln berücksichtigen, um im politischen System erfolgreich bleiben zu können. Der Appell an die moralische Integrität des Politikers oder der Politikerin kann nun nicht mehr sein als nur ein zusätzlicher Punkt zu tausenden anderen, die berücksichtigt werden müssen (und noch dazu einer, der zum Teil nicht ohne Verrenkungen mit ihnen in Einklang zu bringen ist). Was wird also passieren, wenn sich der Politiker am Ziel der persönlichen moralischen Integrität orientiert? Er wird diesem Punkt eine höhere Priorität gegenüber seinen übrigen (auf den Erfolg im politischen System bezogenen) Orientierungspunkten zugestehen, was zur Folge hätte, dass er die Ausrichtung an jenen Orientierungspunkten, die sein politisches Überleben sichern, tendenziell verliert. Man sieht also, man müsste das gesamte politische System ändern, damit die Politiker moralischer verhalten dürfen – im gegenwärtigen demokratischen System wird moralische Integrität durch politische Erfolglosigkeit bestraft. Und im Umkehrschluss bedeutet das natürlich auch, dass unser gegenwärtiges politisches System essentiell unmoralisch ist, weil es moralisches Verhalten von vornherein gar nicht zulässt.

7. Mittelbare Folgen des demokratischen Entscheidungsverfahrens: Egoistisches Verhalten und Werteverlust

Eine der schwierigsten Fragen für den philosophierenden Menschen ist immer die, wie sehr man selber von etwas beeinflusst ist: Der Mensch hat ja kein Sinnesorgan für das eigene Beeinflusst-Sein von in seiner Umwelt verbreiteten Gedanken, kulturellen Regeln und systemischen Mechanismen. Aus dem Grund kann man nur in sich blicken, die eigenen Meinungen und reflexartigen Reaktionen feststellen und dann nach Vergleichsmaßstäben suchen. Als solche könnten die folgenden beiden Zitate von Visotschnig und Schrotta dienen. Sie helfen uns beim Wiedererkennen von Verhaltensweisen unserer Mitmenschen und eigenen Überzeugungen dadurch, dass sie eine Beschreibung derselben anbieten sowie eine Zurückführung der Verhaltensweisen und Einstellungen auf eine mögliche Ursache. Inwieweit ein Leser/eine Leserin diese Ursachendarstellung nun tatsächlich für korrekt oder sachhaltig ansehen wird, mag variieren. Aber eine Sache, meine ich, zeigen sie doch sehr gut, nämlich dass die Auswirkungen des demokratischen Abstimmungsverfahrens sich nicht nur auf die Politik und auf Verhaltensweisen von Politikern beschränken, sondern Einfluss auf die Einstellungen von uns allen ausüben und dabei sogar auf viele solche, deren Zusammenhang mit dem demokratischen Prinzip wir gar nicht erahnen. Die Demokratie ist also wie ein Pilz, der sich verästelt und bis in privatesten Bereiche unserer Seele eindringt und sie durchwächst.

S. 84 „8. Beobachtung

Das vorherrschende Gegeneinander in der Politik hat Auswirkungen auf die generelle Einstellung der Bürger zum Staat und seinen Institutionen und letztlich auch zueinander. Gegenüber seinen Bürgern präsentiert sich die *Führungselite des Staates als zerstrittener Haufen*, für den vor allem ein Ziel zählt: den *Gruppenegoismus* der eigenen politischen Partei durchzusetzen. Und dazu muss zuerst die Macht gewonnen und abgesichert werden.

Angeregt durch die *Vorbildwirkung* ihrer politischen Vertreter hält diese Einstellung zum Staat und zur Gesellschaft auch Einzug in die Reihen der übrigen Staatsbürger.

Gruppenegoismen prägen ihr Verhalten: „Wir fordern ...!“ lautet der Schlachtruf der Demokraten aller Schichten. Es fordern die Mittelschüler, die Pensionistenverbände, die Gewerkschaften, die Gewerbetreibenden, die Ärzte, die Lehrer, die Autofahrerklubs, die Naturschützer, die Frauenverbände, die Künstler, die Polizisten, die Wissenschaftler, die Gastwirte, die Bürgerinitiativen, die Fußballanhänger und Drogengegner ... Wer nicht fordert, läuft Gefahr, vergessen und als weltfremder Idealist von den anderen nicht gehört oder sogar ausgenützt zu werden.

Vom Gruppenegoismus zum persönlichen Egoismus des Einzelnen ist es dann nur noch ein kleiner Schritt. Die zunehmende Ich-Sucht, die man in den Demokratien beobachten kann, entsteht durch die Übertragung der Vorbilder des öffentlichen Lebens auf die Sphäre des Individuums.“ (Hervorhebungen im Original, H. H.)

Dieses Zitat ist durchaus relevant für eine Diagnose unserer Gesellschaft und unserer Zeit: Immer wieder hört man ja die Frage: Warum sind die Menschen heute so ich-süchtig und so rücksichtslos? Die prominentesten Antwortkandidaten für diese Fragen sind dabei traditionellerweise der Verlust der Bedeutung der Religion (die Menschen glauben nicht mehr an Gott, jetzt können sie sich nur mehr an sich selbst orientieren) und das kapitalistische oder marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem (in welchem nur materielle Werte zählen, wodurch die Menschen eine materialistische und egoistische Einstellung aufbauen). Aber hat schon jemand einmal an die Demokratie als Ursache für das egoistische individuelle Verhalten gedacht?

Dabei ist das Funktionsprinzip durchaus nachvollziehbar: Auch in diesem Zitat von Visotschnig und Schrotta wird wieder etwas deutlich, dem wir schon am Anfang meiner Ausführungen begegnet sind: Es ist das der Auftritt menschlicher Handlungsweisen in ihrem Charakter als Reaktionen auf die Forderungen ihrer Umwelt. Wie die Menschen wirklich sind – ob sie an sich laut sind oder egoistisch – das wissen wir nicht, wohl aber lässt sich erkennen, dass wir in einer Sozialwelt leben, in welcher derjenige Mensch, der nicht laut ist und fordert, tendenziell von seiner mitmenschlichen Umwelt übersehen und übergangen wird. Das bedeutet, wir leben in einer Gesellschaft, die uns dazu zwingt, laut zu sein und bevorzugt auf unser je eigenes individuelles Wohl zu sehen. Das ist deshalb so, weil die leiseren und kooperativer eingestellten Menschen in unserer Welt, in welcher alle durcheinander schreien, nicht gehört werden. Somit erklärt sich aus dem Wesen der Demokratie heraus auch – und das ist doch eine schöne gedankliche Leistung von Visotschnig und Schrotta – warum wir unter so vielen unangenehmen und unsympathischen Zeitgenossen leben. Da mag freilich auch die Wirtschaft mit ihrem konkurrenzorientierten Gegeneinander ihre Rolle dabei spielen, aber hinter dem und über allem steht das demokratische Prinzip des: Wer am lautesten schreit und am selbstsichersten auftritt, kriegt am meisten.

Einen weiteren großen Verdienst haben sich die beiden Autoren in meinen Augen mit dem folgenden Textausschnitt erworben. Auch hier geht es um eine Frage, die Intellektuelle und Zeitdiagnostiker seit langem beschäftigt: Woher kommt eigentlich der Werteverlust in unseren westlichen Gesellschaften? Wir sprechen heute vom „Wertpluralismus“ in den westlichen Demokratien, auf den, wie behauptet immer wieder wird, Rücksicht genommen werden müsse. Nun, wenn es ein Wertpluralismus ist, dann soll er mir recht sein, denn Wertpluralismus bedeutet ja, dass die Menschen zwar verschiedene Werte haben, aber dass sie immerhin überhaupt noch welche haben. Dass es aber der Fall ist, dass sie überhaupt noch welche haben, das ist aus meiner Sicht eigentlich die große Frage. Vielleicht haben sie gar keine mehr?

S. 84-85 „**9. Beobachtung**

Es gehört zum eingeübten Verhalten der politischen Parteien, die Werte und Werke der jeweils anderen vor den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Diese *gegenseitige Werte- und Werkezerstörung* prägt das politi-[S. 85]sche Leben im Alltag der Demokratie bildfüllend. Sie und nicht konstruktive Arbeit ist in der Öffentlichkeit zum hauptsächlichen Betätigungsfeld der Parteien und Medien geworden. Aus diesem Vorbild „demokratischen Verhaltens“ lernt auch der Einzelne die *Missachtung der Werte des anderen*. Er lernt, dass es so etwas wie „gemeinsame“ und von allen geachtete Werte“ nicht mehr gibt. Der *Werteverlust* in breiten Schichten der Bevölkerung, der in beinahe allen westlichen Demokratien feststellbar ist, kommt nicht von ungefähr!“ (Hervorhebungen im Original, Anm. H. H.)

Möglicherweise spielt das demokratische Entscheidungsverfahren also auch eine Rolle dabei, warum die Menschen heute zunehmend keine Werte mehr haben. Die Tatsachenbeschreibung von Visotschnig und Schrotta in diesem Zitat ist jedenfalls nachvollziehbar: Wir erleben es täglich, wie im demokratischen System schlecht über die Werte der anderen Menschen gesprochen wird. Das gesamte demokratische System ist eine Schule des Verachtung-Zeigens den Werten Andersdenkender gegenüber. Wiederum der wichtige Hinweis: Das betrifft nicht das demokratische Konzept an sich selber, sondern nur jenes informationsreduzierte Demokratiesystem, mit dem wir gegenwärtig auszukommen glauben. Hilfreich für die Existenz von Werten in der Gesellschaft überhaupt, also dafür, dass die Menschen einmal grundsätzlich persönliche Werte haben und auch haben wollen, wäre eigentlich, dass in der Öffentlichkeit mit Hochschätzung über Werte gesprochen wird, mit einem Wort, dass man eben sehen kann, dass es ein (allgemein geteilter) Wert ist, überhaupt Werte zu haben. In der Demokratie existiert der Wert, Werte überhaupt zu haben, nicht, und er existiert aus einem rein funktionellen Grund nicht, welcher im demokratischen Gegeneinander der Parteien verborgen liegt: Man muss den anderen runtermachen, damit man selber besser dasteht.

Hier schlägt wiederum das systemische Konsensieren das herkömmliche demokratische Verfahren, weil es genau umgekehrt funktioniert: Statt der Alternative, die die meisten wollen, gewinnt diejenige Alternative, die die wenigsten (und die sie am wenigsten stark) ablehnen. Dieses umgekehrte Funktionieren würde auch zu einem gänzlich anderen Verhalten von PolitikerInnen ihren politischen KonkurrentInnen gegenüber führen: Da man ohne deren Hilfe keine Abstimmung gewinnen kann (man muss ja erreichen, dass ihre Ablehnung gegenüber dem eigenen Vorschlag möglichst gering ausfällt), darf man sie nicht vor den Kopf stoßen, sondern muss versuchen, ihnen den eigenen Vorschlag möglichst schmackhaft zu machen. Das würde dazu führen, dass man nach Gründen sucht, um ihnen einsichtig zu machen, warum der eigene Vorschlag auch ihren Werten entspricht und dadurch für sie wählbar ist. Man würde also gut über die Werte Andersdenkender sprechen und nicht schlecht, so wie es gegenwärtig der Fall ist.

8. Die große Hoffnung, die sich mit dem systemischen Konsensieren verbinden lässt: Eine andere Art von Menschen als bisher wird in unserer Gesellschaft erfolgreich – nicht länger die Kampforientierten und Lauten, sondern die Friedliebenden und Kooperativen kommen an die Macht.

Eine weitere attraktive Einsicht aus dem Buch von Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta ist wohl der Gedanke, dass eine Umstellung des herkömmlichen demokratischen Systems auf systemisches Konsensieren eine grundsätzliche Verhaltensumkehr der im politischen

Entscheidungsprozess beteiligten Personen bewirken könnte sowie auch einen anderen personellen Ausleseprozess im politischen System initiieren könnte, weil im neuen Entscheidungsfindungsprozess weniger machtorientierte und stärker konsensorientierte PolitikerInnen politisch erfolgreich wären.

S. 66-67 „4. Die systemisch bedingte Verhaltensumkehr

Beim Konsensieren wird jener Lösungsvorschlag herausgefiltert, der den minimalen wirksamen Widerstandswert erhalten hat. Jeder Teilnehmer, der seine Interessen durchsetzen will, wird daher alles daransetzen müssen, dass *sein* Vorschlag derjenige ist, der möglichst wenig Ablehnung erfährt. Er wird daher versuchen müssen die Interessenslage der andern Abstimmenden zu erkunden und er wird all seine Kreativität einsetzen müssen, um deren Bedürfnisse in seinem Vorschlag so gut wie möglich zu berücksichtigen. Diese totale Verhaltensumkehr gegenüber der heute vor-[S. 67]herrschenden Verhandlungstaktik lautet in anderen Worten: *Statt so wenig wie möglich nachzugeben, bemühen sich die Beteiligten, einander so weit wie möglich entgegenzukommen.* Daraus ergibt sich die Kraft des SK-Prinzips, die Konfliktenenergie von Auseinandersetzungen in gedeihliche Bahnen zu lenken. Sie entsteht nicht durch ohnehin unwirksame Appelle an Moral oder gemeinnütziges Denken, sondern durch den *systembedingten Zwang, bei Interessenskonflikten konsensfähige Lösungen anzubieten.*“ (Hervorhebungen im Original, Anm. H. H.)

S. 104 „Denn wie wir gezeigt haben, wird das Konsensieren voraussichtlich andere Ergebnisse erbringen als die demokratische Mehrheitsabstimmung, *selbst wenn dieselben Stimmberechtigten entscheiden.* Das sollte nicht beunruhigen, denn diese Entscheidungen entsprechen dem Gemeinwohl besser als das Diktat einer Mehrheit. Tatsächlich werden es aber wahrscheinlich ganz andere Menschen sein, die in die Konsensierungsgremien gewählt werden, denn die von ihnen erwarteten Lösungen werden nicht machtorientiert sein. Die Motive des Machtgewinns und des persönlichen Machtgebrauchs werden in der Gesellschaft an Bedeutung verlieren, sobald sich Konsensieren als Grundlage der Entscheidungsbildung durchsetzt. Egozentrische Machtmenschen haben dabei nur dann Chancen etwas zu bewirken, wenn es ihnen gelingt, sich selbst zu wandeln. Andernfalls riskieren sie den Frust permanenter Erfolglosigkeit.“ (Hervorhebung im Original, Anm. H. H.)

Warum werden in einer Gesellschaft, in der das systemische Konsensieren implementiert ist, machtorientierte Menschen keine Erfolge mehr verzeichnen? Sie werden deshalb nicht mehr erfolgreich sein, weil es beim systemischen Konsensieren nicht länger darum geht, einen Block des Eigenen zu bilden und diesen durch Abwehrkampf zu einem Bollwerk zu machen (und dadurch nach jener Beständigkeit zu streben, welche das Wesen der Macht überhaupt ausmacht). Anstatt dessen ist man von vornherein nicht auf das Eigene, sondern auf die Anderen orientiert und versucht ihnen darzulegen, was der eigene Vorschlag auch für sie an Gutem mit sich brächte. Dadurch entsteht von vornherein kein Eigenes, das man dann in Form eines Kampfes verteidigen müsste, denn der eigene Sieg ist kein Sieg gegen die anderen, sondern ein Sieg mit den anderen, ein Sieg durch die anderen natürlich auch, denn das systemische Konsensieren besteht in dem Bestreben, politisch Andersdenkende (was im heutigen System undenkbar erscheint) dazu zu bringen, einem zum Abstimmungssieg zu verhelfen. Dadurch wird der eigene Sieg auch ihr Sieg sein und der eigene Vorschlag der ihre, selbst wenn sie selbst mit einem anderen Vorschlag angetreten waren.

9. Die Aufwertung des Einzelmenschen und von Minderheiten im systemischen Konsensieren

An dieser Stelle ist vielleicht auch noch ein anderer Punkt wichtig: Das Wesen der herkömmlichen Demokratie besteht in einer Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit, die unter anderem auch tendenziell zu einer Entwertung der einzelnen Stimme des oder der einzelnen StaatsbürgerIn führt: Man kann ja ohnehin nicht an gegen die Mehrheit! Aus diesem Grund gibt es auch in einer jeden entwickelten Demokratie gesetzlich verankerte Minderheitenschutzrechte, die einen Korrekturfaktor darstellen und an und für sich selber schon Ausdruck dessen sind, dass mit dem demokratischen System was nicht stimmt, weil man es durch eine Hilfskonstruktion korrigieren muss. Unkorrigiert wäre die Demokratie brutal: Die Mehrheit würde ungebremst ihre Interessen gegenüber der oder den Minderheiten durchsetzen.

Beim systemischen Konsensieren nun findet eine Aufwertung von Minderheiten (und auch eine Aufwertung des einzelnen Bürgers/der einzelnen Bürgerin) statt, und zwar wiederum deswegen, weil es umgekehrt funktioniert wie das demokratische Abstimmungsverfahren: Anstatt möglichst viele Pro-Stimmen zu bekommen, trachtet man beim systemischen Konsensieren danach, möglichst wenige Widerstands-Stimmen zu bekommen. Aus einem Maximalverfahren wird also ein Minimalverfahren, welches dem einzelnen Menschen den größtmöglichen Einfluss in einem Abstimmungsverfahren gibt. Dieser wird noch dadurch gesteigert, dass der einzelne Wähler/die Wählerin über mehrere Widerstands-Stimmen verfügt und diese gezielt und abgestuft einsetzen kann. Eine denkbare Folge der Implementierung des systemischen Konsensierens in unser politisches System wäre ein baldiges Ende der so genannten „Politikverdrossenheit“, weil die Menschen merken: Man kann mit seiner Stimme ja doch etwas ausrichten!

S. 66 „3. Die systemische Aufwertung von Minderheiten

Ein Verfahren, welches den Widerstand minimiert, baut systemisch auf ganz anderen Voraussetzungen auf und erzeugt daher ganz andere Wirkungen als eines, das nur die Zustimmung maximiert. Für ein Maximum sind nämlich viele Stimmen nötig, sodass eine Einzelstimme nur wenig wiegt. Ist man dagegen gezwungen, ein Minimum zu erreichen, um nicht unterboten zu werden, wiegt jede Einzelstimme natürlich viel. *Der Einzelne bzw. Minderheiten werden daher beim Minimum-Verfahren genau beachtet, also aufgewertet, und erhalten die Einflussmöglichkeiten, die wir in den vorhergehenden Kapiteln herausgearbeitet haben und die beim reinen Zustimmungs-Verfahren nicht wirksam werden können.*“
(Hervorhebungen im Original, Anm. H. H.)

Die Politikverdrossenheit, die daraus herrührt, dass bei einem reinen Zustimmungsverfahren die einzelne Stimme tendenziell an Bedeutung verliert, ist auch eine Überlegung wert, weil sie die Aufmerksamkeit auf die Frage lenkt, ob nicht die (herkömmliche) Demokratie in ebenso effektiver Weise wie die rohe Gewalt ein fabelhaftes Mittel zur Errichtung von machtbasieren Gesellschaftssystemen ist? Dabei hat sie gegenüber der rohen Gewalt sogar noch den Vorteil, dass sie bessere *Public Relations* (ein besseres Ansehen in der Öffentlichkeit) hat, weil sie sagen kann: „Bei mir entscheidet nicht der Stärkere, sondern letztlich entscheidet der Wille des Volkes!“ Wechselt man nun jedoch die Perspektive und schaut auf die Seite des Volkes, so hat man einen Staatsbürger vor sich, der sich immer ohnmächtiger fühlt je größer die Zahl der WählerInnen bei einer Wahl ist und der eigentlich nicht das Gefühl hat, mit seiner Stimme die Geschehnisse im Staate wirklich mitbestimmen zu können. Der Grund dafür ist: Seine Stimme wird durch das Maximum-Verfahren in der Demokratie tendenziell unwirksam und gegenstandslos gemacht.

Das führt uns zu der Frage: Wer bestimmt wirklich in der Demokratie? Wer hat in ihr die Macht? Ist es der Souverän, das Volk – oder was wäre eigentlich die Antwortalternative, wenn es das Volk nicht ist? Eine denkbare Antwortalternative wäre, dass bereits bestehende Parteien oder Machtkonglomerate auch das zukünftige Wahlverhalten der Wähler lenken, weil die WählerInnen ja wissen, dass sie sich letzten Endes zwischen einer geringen Anzahl von bereits existenten organisierten Blöcken oder Gruppierungen entscheiden müssen. Auf diese Weise übt gewissermaßen bestehende Macht Macht auf die WählerInnen aus, weil sie diesen allein durch ihr eigenes Bestehen eine Wahlmöglichkeit gibt und die Wahlalternativen radikal begrenzt. (Wir kennen die Klage: „Wen soll ich den wählen? Es ist ja keiner wirklich anders!“) Anders gesagt, das ganze Spiel ist ziemlich voraussehbar, und Überraschungen sind weitgehend ausgeschlossen. Das Bestehende erhält das Bestehende, und selbst wenn nun eine andere politische Partei an die Macht käme, würden wir wiederum von ähnlichen Charakteren regiert und sie würden nicht viel anders machen als bisher. Das bedeutet: Macht gebiert Macht, und Macht erhält Macht – sie ist es, die im demokratischen Prozess entscheidet, sie ist der eigentliche Souverän, und nicht das Volk.

10. Demokratie als ein in seiner Gefährlichkeit der Kernspaltung ähnliches System und die Lehre aus Versuchen mit Basisdemokratie

Wie gefährlich das demokratische System eigentlich ist, beschreibt das folgende Zitat von Visotschnig und Schrotta. Dabei geht es um nicht mehr als um etwas, das wir alle gut kennen: Es gibt in unseren demokratischen Staaten institutionalisierte Systeme gegenseitiger Kontrolle, die offenbar wichtig sind, weil man immer wieder davon hört, dass hier der Rechnungshof einen Skandal aufgedeckt hat, dort der Oberste Gerichtshof ein Gesetz als verfassungswidrig aufgehoben hat. Ohne dieses komplexe System von Kräften und Gegenkräften würde also offenbar alles aus dem Ruder laufen in unseren dem Anschein nach so ruhigen und friedlichen demokratischen Ländern

S. 93-94 „16. Beobachtung

Wenn die Mitglieder der Führungselite eines Systems vom Machtstreben geleitet sind, bedeutet dies einen teils versteckt, teils offen und mit aller Härte ausgetragenen Machtkampf ohne Ende! Und wer in einem Machtkampf bestehen will, muss alle Erfolg versprechenden Mittel anwenden, seien sie einwandfrei oder unfair. Er muss bereit sein, sich dabei wenn möglich auch über jede hinderliche Rücksichtnahme und jedes hinderliche Regelwerk hinwegzusetzen – sonst kommt er unter die Räder.

Daher muss es für jedes Machtsystem das Hauptanliegen sein, seine Strukturen gegen die zerstörerische Kraft des Machtkampfes durch entsprechend ausgeklügelte Methoden zu schützen. In Diktaturen ist dies zumeist ein System von sich gegenseitig überwachenden Geheimdiensten in Kombination mit einer nur dem jeweiligen Machthaber verpflichteten [S. 94] Polizei- und Militärmacht. In der Demokratie, die auf Rechtsnormen aufbaut, muss ein ausgefeiltes System der Machtteilung und Kontrolle, von „checks and balances“ die Stabilität sichern und dafür sorgen, dass der Machtwille der Politiker die Strukturen der Demokratie nicht sprengt. [...]“

Der Grund aber für die Notwendigkeit des Bestehens von solchen Institutionen der Kontrolle und der Gegenkräfte liegt in der Dynamik des Machtkampfes, welcher mit der Kernspaltung von Atomen das gemein hat, dass er die Tendenz hat, von selber außer Kontrolle zu geraten. Hatten wir weiter oben den Punkt, dass moralische Appelle an Politiker nichts fruchten

können, weil diese, wenn sie erfolgreich sein wollen im politischen Leben, sich gar nicht nach diesen richten können, so steckt im soeben gebrachten Zitat von Visotschnig und Schrotta die Einsicht, dass sich der durch das demokratische Abstimmungsverfahren freigesetzte Machtkampf eigentlich auch sehr schnell über alle legal zulässigen Mittel erhebt und die Grenzen des Zulässigen überschreitet. Wohlgemerkt, es geht hier nicht um einzelne Personen, die sich auch aus individuellen Motiven fehl verhalten können, sondern es geht um die Einsicht, dass der im demokratischen Prinzip enthaltene Machtkampf die Menschen zu unmoralischem und auch zu illegalem Verhalten antreibt.

Das Resultat kennen wir gut aus eigener Erfahrung, aus individueller Sicht lautet es: „Man darf sich halt nicht erwischen lassen!“, aus kollektiver oder politischer Sicht lautet es: „Wo die Grenzen des Legalen überschritten werden, muss eben die Kontrolle verschärft werden.“ Im Ergebnis verhalten sich die meisten Politiker wahrscheinlich größtenteils gesetzeskonform; ebenfalls normal ist aber, dass von Zeit zu Zeit, aber doch ziemlich regelmäßig größere politische Affären von den Medien in die Öffentlichkeit gebracht wären. Das eigentliche Ergebnis dieser systemischen Organisation bzw. die eigentliche Einsicht, zu der einem dieses Zitat von Visotschnig und Schrotta verhelfen kann, ist jedoch: Was am Ende des Tages in der Demokratie zählt, ist, wer sich durchgesetzt hat, wer Erfolg gehabt hat – und zwar egal mit welchen Mitteln (auch illegalen), und genau diese systemische Dynamik ist es ja auch, welche die PolitikerInnen über die Grenzen des Legalen hinaustreibt und den Machtkampf immer wieder aufs Neue zur Gefahr für die bestehenden demokratischen Institutionen werden lässt. Das demokratische Gebäude ist, um ein Bild zu gebrauchen, eines, das von allen Seiten mit mächtigen stählernen Stützpfeilern zusammengehalten werden muss, sonst würde der Druck in seinem Inneren es binnen kürzester Zeit zerreißen. Eine fabelhafte Konstruktion, könnte man sagen: So wie die Schildbürger ein Haus bauten und die Fenster vergaßen, sodass sie nachher das Licht mit Kübeln hineinzutragen versuchten, tun wir uns dadurch hervor, dass wir in einem Druckkochtopf leben – das kann wohl nicht ganz gesund sein!

Die Auswirkung des demokratischen Abstimmungsverfahrens auf die psychische Gesundheit der Menschen ist tatsächlich fraglich – und zwar im Großen wie auch im Kleinen -, ebenso seine Konsequenzen für die menschliche Gemeinschaftsbildung und für das Klima und die Lebensqualität in diesen Gemeinschaften. Das Konzept des systemischen Konsensierens scheint ja unter anderem auch eine Lehre zu sein, welche die Autoren aus der Erfahrung mit basisdemokratischen Versuchen der 1968-er Generation gezogen haben. Zumindest beziehen sie sich an einer Stelle in ihrem Buch auf diese Erfahrungen und wiederum erscheint ihre Darstellung, welche noch einmal die Spaltpilzwirkung des demokratischen Abstimmungsverfahrens betont, sehr einleuchtend.

S. 134 „Dieser Mensch mit seiner Vision hat das neue Gruppenverhalten mit jenem der *seinerzeitigen basisdemokratisch organisierten Gruppen* verglichen, die so oft das Bild von hoffnungslos zerstrittenen Haufen abgaben. Sie waren hierarchiefrei angetreten, doch – so paradox es klingen mochte – benötigten sie danach stets eine starke Integrationsfigur um den Zerfall zu verhindern. Bedauern erfasste unseren Visionär über so viel vergeudete Energie und Idealismus. Denn nicht mangelnde Konsensbereitschaft war der Grund ihrer Schwierigkeiten, sondern die unausweichliche Spaltwirkung des demokratischen Mehrheitsentscheids, der – zu oft – für die Gruppenentscheide benötigt wurde.“
(Hervorhebung im Original, Anm. H. H.)

Schlussbemerkung

Ich habe durchaus auch kritische Gedanken zum Vorschlag des systemischen Konsensierens. Ein solcher Einwand könnte z.B. sein, ob denn, wenn wir uns beim systemischen Konsensieren immer auf dasjenige konzentrieren, was wir am wenigsten stark nicht wollen, denn überhaupt bei einer Abstimmung noch das bekommen werden, was wir wollen? Aber auch Visotschnig und Schrotta betonen, dass das systemische Konsensieren nicht überall eingeführt werden sollte und dass es in seiner Wirkung auch noch wissenschaftlich genauer untersucht werden müsste (vor allem bei Abstimmungen in größeren Gruppen oder bei komplexeren Abstimmungsvorgängen wie dem „dynamischen Konsensieren“, bei dem mehrere Abstimmungsdurchgänge aneinandergehängt werden).

Aber das systemische Konsensieren ist auch nicht mein Thema hier in diesem Text. Sondern mein Thema ist, welchen Einblick mir das Konzept des systemischen Konsensierens in die Situation unserer gegenwärtigen Gesellschaft eröffnet dadurch, dass es eine Alternative anbietet. Oder anders gesprochen: Wo Schatten sichtbar werden dadurch, dass aus einem neuen Einfallswinkel Licht auf eine Sache fällt. Nun, die Erkenntnisse bisher waren überwältigend. Als die beeindruckendsten unter ihnen habe ich bisher diejenigen hervorgehoben, wonach Demokratie zu Egoismus und Werteverlust führt. Aber wenn ich sagen sollte, was für mich persönlich die tiefste und die relevanteste Einsicht aus dem Buch von Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta ist, diejenige Erklärung, die mir am meisten Einsicht darüber verschafft, wie ich mich in der gegenwärtigen Welt fühle und warum ich mich so fühle, wie ich mich fühle, dann ist es diese:

S. 97 „Wenn jede und jeder Einzelne sich darauf *verlassen* kann, dass im Sinne des Interessenausgleichs auch *ihre/seine* Bedürfnisse bestmöglich berücksichtigt werden, kann Vertrauen entstehen. Dieses Vertrauen kann Ängste auflösen, die aus den oben angeführten systemischen Gründen die Menschen weltweit befallen haben. Und wenn Angst und Hass schwinden, können endlich auch Kampf und Gewalt nachlassen. Je besser einer Gesellschaft dieser Interessenausgleich aller Beteiligten gelingt, desto weniger Energie wird im Austragen des Gegeneinanders, der Rivalitäten, des Kampfes verloren gehen.“ (Hervorhebungen im Original, Anm. H. H)

Genau das ist es: Wenn man sich darauf verlassen könnte, dass man nicht übergangen wird, dann könnte man sich in unserer Gesellschaft wohl fühlen. Aber das kann man nicht! Daher auch die Unmöglichkeit, Vertrauen zur gesellschaftlichen Umwelt aufzubauen – und ohne Vertrauen gibt es keine Gemeinschaft, da gibt es nur Gesellschaft; ohne Vertrauen gibt es auch keine Mitmenschen, sondern nur Konkurrenten und Gegner. Bevor kein Vertrauen in die menschliche Umwelt möglich ist, kann es schließlich auch keine Mitmenschlichkeit geben, solange regiert ausschließlich das Gesetz der Macht, also der Machtkampf. Es mag sein, dass das systemische Konsensieren hier eine wirksame Abhilfe sein könnte – zumindest könnte man es, meine ich, mal ausprobieren – doch hoffe ich mit meinem Aufsatz vor allem gezeigt zu haben, dass Erich Visotschnigs und Siegfried Schrottas Buch über das SK-Prinzip viel zu sagen hat über die gegenwärtige Verfasstheit unserer Welt, in welcher Macht und Machtkampf gegenüber kooperativen menschlichen Verhaltensweisen dominieren.

19. März 2010